



DIE ROTE HILFE

1.2019

ZEITUNG DER ROTEN HILFE E.V. | 2 EURO | 45. JAHRGANG | C 2778 F | WWW.ROTE-HILFE.DE

S. 7
IN EIGENER SACHE

Zu den Verbots-
drohungen gegen
die Rote Hilfe e.V.

S. 21
SCHWERPUNKT

Die SED und die
Kommunisten von
Buchenwald

S. 40

Die Zerschlagung der
Leipziger Alternativ-
und Punkszene

S. 47

Repressionserfahrung
Potsdamer Antifas in
den späten 80ern

S. 58
AZADI

25 Jahre PKK-Verbot –
25 Jahre Repression
und Demokratieabbau

**„Wenn wir brüderlich uns einen ...“
Repression gegen linke Oppositionelle in der DDR**

■ Der Roten Hilfe ist es wichtig, männlich oder binär dominierte gesellschaftliche Verhältnisse in ihren Publikationen nicht sprachlich zu reproduzieren. Deshalb bittet das Redaktionskollektiv der *RHZ* alle Autor_innen darum, in ihren Beiträgen Gender-Gap oder Gender-Sternchen zu nutzen. Sofern im Heft Beiträge abgedruckt sind, bei denen dies nicht der Fall ist, liegt das in einer ausdrücklichen Entscheidung der Autor_innen begründet oder daran, dass bspw. ein historischer Text nachgedruckt wird. In beiden Fällen möchte das Redaktionskollektiv nicht durch eigenhändiges Gendern ein Bewusstsein vorspiegeln, dass bei den Autor_innen beim Verfassen des Beitrags – aus welchen Gründen auch immer – tatsächlich nicht vorhanden war.



WER IST DIE ROTE HILFE?

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.

Aus der Satzung

IN EIGENER SACHE

- 4 Geld her! Dafür brauchen wir Eure Mitgliedsbeiträge
- 7 Den Repressionsbehörden ein Dorn im Auge –
Zu den Verbotsdrohungen gegen die Rote Hilfe e.V.

REPRESSION

- 8 „Rassisten entscheiden nicht darüber, wer in pädagogischen Berufen arbeitet!“ Repression in der Kita
- 9 Vom unbedingten Verfolgungswillen –
Die Folgen einer Abschiebeblockade vor der Berufsschule
- 12 Ein Geheimprozess für traumatisierte Autobesitzer*innen –
Zur Eröffnung des Elbchaussee-Prozesses in Hamburg

SCHWERPUNKT

- 14 „Wenn wir brüderlich uns einen ...“ –
Repression gegen linke Oppositionelle in der DDR
- 15 Eine Vorgeschichte – Kommunistische Internationale und oppositionelle Genoss_innen
- 18 „Die Rummurkserei mit der Antifa muss aufhören“ –
Die Antifaschistischen Ausschüsse in der sowjetisch besetzten Zone
- 21 Ungewollte politische Akteure –
Die SED und die Kommunisten von Buchenwald
- 23 „Mangelnde Wachsamkeit gegenüber den Klassenfeinden“?
Politische Repressalien auch gegen Antifaschisten
- 26 „... wurden sie zu Werkzeugen des Klassenfeindes“ – Die „Überprüfungen“
der Parteikontrollkommission ab 1948 und der Fall Merker
- 30 Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern ... ? Zu den
Parteisäuberungen in der KPD (1948-1952) und der Mitwirkung der SED
- 36 Gegen die, die „Morgenluft wittern und frech zu werden versuchen“ –
Die radikaloppositionelle Studentengruppe und der IM
- 40 Repression gegen jugendliche Oppositionelle in der DDR – Die Unter-
wanderung und Zerschlagung der Leipziger Alternativ- und Punkszene
- 44 Homosexualität in der Deutschen Demokratischen Republik
- 46 Feindlich-Negative Antifa? Vom Missverhältnis des staatsoffiziellen Antifa-
schismus der DDR zum unabhängigen Antifaschismus ihrer letzten Generation
- 47 „Er war zugleich Spitzel, aber auch ein guter und wichtiger Genosse“ –
Repressionserfahrung von Potsdamer Antifas in den späten 80ern
- 51 „Misstrauen war ein Hebel, der nur scheinbare Sicherheit schafft“ –
Interview mit Hans Modrow
- 55 Real existierende Repression –
Anmerkungen zu „sozialistischer Gesetzlichkeit“

AZADI

- 58 25 Jahre PKK-Verbot – 25 Jahre Repression und
Demokratieabbau im Dienste der deutschen Außenpolitik

AUS ROTER VORZEIT

- 61 „... zwei Deckadressen für Briefe, eine Paketadresse, eine Kurierstelle“ –
Die Rote Hilfe Bremen und ihre Vorbereitung auf die Illegalität 1933
- 64 Literaturvertrieb
- 66 Adressen
- 67 Impressum

„... zwei Deckadressen für Briefe, eine Paketadresse, eine Kurierstelle“

Die Rote Hilfe Bremen und ihre Vorbereitung auf die Illegalität 1933

Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

Als Reaktion auf die Repressionswelle nach dem Mitteldeutschen Aufstand wurden im Frühjahr 1921 flächendeckend Rote-Hilfe-Komitees gegründet, die zunächst eng an die Kommunistische Partei angeschlossen waren.

■ Die Bremer RH-Gruppe um Gesine Becker wurde vom Bezirkskomitee Nord, das seinen Sitz in Hamburg hatte, betreut und konzentrierte sich auf Spendensammlungen. Im November 1923 wurden die Solidaritätskomitees zusammen mit der KPD kurzzeitig reichsweit verboten, und erst nach Aufhebung dieser Maßnahme Ende Februar 1924 wurde mit der Roten Hilfe Deutschlands eine parteiunabhängige Massenorganisation mit neuem Selbstverständnis und eigener Mitgliedschaft gegründet.

Im Raum Bremen bildeten sich die Ortsgruppen nur langsam heraus und blieben stärker als in anderen Bezirken extrem eng mit der KPD verzahnt – ein Problem, das die regionalen Strukturen dauerhaft prägte und ihre Möglichkeiten einschränkte. Erst im Frühsommer 1925 hatte sich eine tatkräftige Leitung für die Stadt sowie den RHD-Bezirk Nordwest etabliert, was sich in vielfältigen Aktivitäten zeigte: Bei Kulturveranstaltungen wie

den „Proletarischen Kunstabenden“ mit Theater-, Musik- und Filmaufführungen konnten viele Mitglieder und SympathisantInnen gewonnen werden, und durch den *Kerkerstürmer*, der monatlich der KPD-eigenen *Arbeiterzeitung* beilag, wurde die Rote Hilfe in der Region öffentlich wahrnehmbar. Die regelmäßigen Werbe-wochen, jährlichen Winterhilfssammlungen sowie Protestversammlungen und Informationsabende, bei denen bekannte ReferentInnen über bedeutende Prozesse oder internationale Terrorwellen gegen Linke berichteten, bildeten nun die Arbeitsschwerpunkte.

Eine zentrale Rolle für den Bezirk spielte das Kinderheim Barkenhoff, in dem der RHD-Zentralvorstand (ZV) Erholungsaufenthalte für Kinder von ermordeten oder gefangenen SozialistInnen organisierte. Dieses Projekt stellte einen wichtigen Bezugspunkt bei Spendensammlungen dar und wurde für Werbegroßveranstaltungen wie den „Roten Tag“ genutzt, bei dem jedes Mal weit über tausend Interessierte zusammenkamen.

Durch die verstärkte Präsenz kam es zu zahlreichen Neueintritten: Gehörten Ende 1925 im gesamten Bezirk nur 1.831 Menschen der RHD an, stieg die Zahl bis Ende 1927 auf 4.251 an,¹ wovon die Ortsgruppe Bremen knapp die Hälfte stellte. Trotz dieser beachtlichen

Entwicklung, die sich in den folgenden Jahren fortsetzte, blieb der Nordwesten im reichsweiten Vergleich sehr schwach, was hauptsächlich daran lag, dass kaum Mitglieder jenseits der KPD geworben werden konnten.

KPD-interne Flügelkämpfe schlugen auf die Rote Hilfe durch

Entsprechend heftig schlugen sich 1929 die parteiinternen Flügelkämpfe in den Solidaritätsstrukturen nieder. In der gesamten RHD war die Verdrängung von KPD/O-AnhängerInnen spürbar, doch in Bremen eskalierte die Situation. Nach monatelangen Auseinandersetzungen wurde der Bezirksleiter Wilhelm Deisen im Frühjahr 1929 abgesetzt und ausgeschlossen, was zu Austritten und einer organisatorischen Schwächung führte. Erst in der zweiten Jahreshälfte erholte sich der Bezirk, doch verlor er durch Umstrukturierungsmaßnahmen für einige Zeit seine Selbstständigkeit, indem er im April 1930 der von Hamburg verwalteten Wasserkante als Arbeitsgebiet angegliedert wurde.

Die massiven parteipolitischen Konflikte hatten vor Ort nicht dazu beigetragen, das Spektrum der Roten Hilfe zu verbreitern, aber die Mitgliedszahlen stiegen bald wieder, und die zahllosen Veranstaltungen waren sehr gut besucht. An den häufigen Demonstrationen betei-

¹ vgl. Dieter Holschen, *Die Rote Hilfe in Bremen (1924-1929)*, Bremen 1970, S. 93

ligten sich hunderte von UnterstützerInnen, und die Vorträge und Filmabende waren mit bis zu tausend BesucherInnen oftmals überfüllt. Anfang 1932 wurde der Bezirk Nordwest unter Arno Drobisch wieder eigenständig und erhielt zudem ein vergrößertes Gebiet, so dass im Herbst 10.226 Mitglieder erfasst waren.²

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Repression im Reichsgebiet massiv verschärft, und in der gesamten Roten Hilfe wurden Vorkehrungen für den Fall eines Verbots getroffen. In Bremen war die Solidaritätsarbeit bereits in den Vorjahren massiv kriminalisiert worden: Regelmäßig waren SpendensammlerInnen und FlugblattverteilerInnen verfolgt worden, wegen unterschiedlichster Aktivitäten – von Lotterien über Kulturveranstaltungen bis hin zu Flugblatttexten – wurden rechtliche Schritte eingeleitet, und unbequeme RednerInnen sahen sich mit Auftrittsverboten konfrontiert. Vor allem ab den späten 1920er Jahren waren die RHD-Büroräume, die lange Zeit in der Birkenstraße 7, später in der Hankenstraße 21-22 ansässig waren, sowie die Privatwohnungen von Roten HelferInnen Ziel von Razzien mit umfangreichen Beschlagnahmungen.

Bei den kleinsten Anlässen wurden leitende Mitglieder vorgeladen oder sogar verhaftet, beispielsweise bei den Winterhilfskampagnen, die wiederholt zu Ermittlungen wegen „unerlaubter Sammlungen“ führten. Für reichsweite und internationale Empörung sorgten zudem die behördlichen Schließungsversuche gegen das Kinderheim Barkenhoff, die nur durch breite Proteste abgewehrt werden konnten.

Besonders ausgeprägt waren der flächendeckende Einsatz von Spitzeln und die Überwachung aller RHD-Versammlungen bis hin zu kleinen Funktionärssitzungen, wie die Polizeiakten im Staatsarchiv Bremen zeigen. Durch die InformantInnen, die bei Durchsuchungen beschlagnahmten Unterlagen und die zahllosen Ermittlungsverfahren ge-

gen SpendensammlerInnen erhielten die Repressionsorgane einen umfassenden Überblick über die Organisation.

Schwierige Vorbereitung auf das drohende Verbot

Entsprechend schwierig war vor Ort die Vorbereitung auf die drohende Illegalität, die ab Ende der 1920er in der Roten Hilfe diskutiert wurde, wobei die praktische Umsetzung nur schleppend lief. Manche Bezirke vereinbarten immerhin frühzeitig Deckadressen mit den Ortsgruppen, um eine klandestine Kommunikation sicherzustellen, und vereinzelt wurden geheime Druckereien sowie illegale Quartiere organisiert.

Angesichts der zunehmenden Repression setzte sich auch der Nordwesten mit der Problematik auseinander, doch laut seiner späteren Aussage im Polizeiverhör richtete Arno Drobisch erst im Herbst 1932 eine klandestine Postanschrift bei dem Schneider Adolf Schmidt ein, wo der Kurier Karl Geng die geheimen Briefe abholte. Weitere Schritte leitete der Bezirkssekretär offenbar erst ein, nachdem die RHD-Reichsleitung ihn im Januar 1933 in die Hauptstadt eingeladen hatte.

Bei dem Treffen mit den ZV-Mitgliedern Willi Koska und Sepp Miller wurden die Anwesenden über die Grundlagen der Konspiration informiert, wie Drobisch nach seiner Verhaftung zu Protokoll gab: „In einem Referat wurde von uns verlangt, zwei Deckadressen für Briefe, eine Paketadresse, eine Kurierstelle zu schaffen. Weiter wurde gesprochen über die Umstellung der Kassierung, [...] über die Sicherstellung des Materials, über Chiffrieren, über die Verbindung der Organisation während eines Verbots, Schaffung von selbständig arbeitenden Leitungen in allen Einheiten, [...] Einsetzung eines Instrukteurs für je 50 Mitglieder und Schaffung von Deckadressen für die unteren Einheiten.“³

Doch diese Vorgaben konnten im Nordwesten nicht mehr umgesetzt werden, da die Organisation durch die Ende

Februar einsetzenden Massenverhaftungen handlungsunfähig wurde. In Bremen waren in den letzten Wochen der (Halb-) Legalität weder eine Kurier- noch eine Paketadresse eingerichtet worden, viele bekannte AktivistInnen – insbesondere jene, die auch zugleich für die KPD in Erscheinung getreten waren – wurden bereits vor dem Verbot der RHD im März 1933 in die KZs verschleppt, und zahlreiche Mitglieder stellten aus Angst die Beitragszahlungen ein.

Drobisch konnte sich Anfang März 1933 der Festnahme durch die Nazis entziehen und tauchte in der Provinz unter, wo er zwei Wochen lang verschiedene Ortsgruppen besuchte, das weitere Vorgehen absprach und die gesammelten Gelder abrechnete. In einigen Städten hatten die lokalen Leitungen bereits Deckadressen in Betrieb genommen, über die der Schriftverkehr mit dem Bezirksvorstand und Materiallieferungen abgewickelt wurden. Nach seiner Rückkehr nach Bremen hielt sich Drobisch in wechselnden Quartieren versteckt und traf sich unter dem Decknamen „Robert“ mit weiteren illegal lebenden RHD-Funktionären, die mit ihm zusammen den Bezirksvorstand bildeten: „Litterscheid hatte anstelle des verhafteten Böttcher (Redakteur der *Arbeiterzeitung*) Organisationsarbeiten durchzuführen. Heitmann war nach wie vor Bezirkskassierer und Johannknecht Literaturobmann.“⁴

Die Basisstrukturen waren auf sich allein gestellt

Nach kurzer Zeit wurde auch Drobisch verhaftet, wodurch die Organisation vollends zerfiel. Das lag zum einen an einer Reihe von Adressen und sonstigen internen Unterlagen, die die Polizei bei ihm fand und die ihr weitere Schläge gegen die Solidaritätsorganisation erlaubten, zum anderen an der Arbeitsweise des Bezirkssekretärs, der seine MitstreiterInnen nicht in die Abläufe eingeweiht hatte. Dadurch rissen die Verbindungen zwischen den verbliebenen Leitungsmitgliedern ebenso ab wie die Kommuni-

2 vgl. Orgbericht zur ZV-Sitzung am 30. Oktober 1932, StAB 4,65 D 048

3 Vernehmung Drobisch vom 29. Mai 1933, StAB 4,65 D 0485

4 ebd.



kation mit den Ortsgruppen und dem Zentralvorstand, dessen Briefe sich bei der Deckadresse ansammelten. Auf sich allein gestellt gingen die Basisstrukturen zu Direkthilfe über, indem sie im eigenen Zuständigkeitsbereich Spenden sammelten und an die dort wohnenden Familien von Gefangenen verteilten.

Anfang April 1933 setzte der Berliner ZV mit „Jonny“ einen Nachfolger für Drobisch ein, der die AktivistInnen sammelte, bei Treffen mit FunktionärInnen die dringendsten Aufgaben erläuterte und die Kontakte in die umliegenden Städte neu belebte. Ziel war, die Beiträge und Unterstützungsgelder wieder zentral zu verwalten und zudem im Bereich der komplett vernachlässigten Öffentlichkeitsarbeit tätig zu werden; der neue Leiter klagte in einem Bericht vom 21. April über die Probleme bei der Beschaffung von Vervielfältigungsmöglichkeiten.

Allerdings waren im Stadtgebiet Bremen die Solidaritätsstrukturen schon so weit gelähmt, dass nicht einmal die Kassierung flächendeckend wiederaufgenommen werden konnte. Beispielhaft dafür ist die Aussage der RHD-Familienobmännin und Unterkassiererinnen Berta Ruhlffs, in deren Wohnung eine von „Jonny“ einberufene Versammlung stattfand: „Ich habe die von Jonny gestellten Aufgaben aus dem Grunde nicht ausgeführt, weil mir jegliche Verbindung zu unseren Mitgliedern fehlte.“⁵

Dennoch ging der motivierte Bezirksleiter von nur etwa drei Prozent der Beitragszahlenden aus, die der RHD komplett den Rücken gewandt hatten und hoffte, die übrigen mit Hilfe der BasisfunktionärInnen wieder zu erfassen. Immerhin hatte er innerhalb von zwei Wochen ein neues Sekretariat sowie drei Instrukteure eingesetzt, die die Kommunikation mit den Stadtteilen und Ortsgruppen pflegen sollten, doch viele der anstehenden Aufgaben konnten nicht umgesetzt werden: In einem Brief vom 16. Mai räumte „Jonny“ ein, weder neue RechtsanwältInnen noch Delegierte für

den Antifaschistischen Kongress Anfang Juni in Paris gefunden zu haben. Um die Schwierigkeiten der örtlichen Roten Hilfe zu mindern, initiierte er eine große Werbeaktion: „Wir leiten ab heute eine 14tägige Kampagne ein für die Reorganisation der Organisation. Dieser Plan wird Euch noch zugestellt.“⁶

Doch der erfolgreiche Aufbau wurde durch neue Repressionsschläge gehemmt, die teilweise durch Drobisch ausgelöst wurden, der unter der wochenlangen Folter im KZ Mißler zusammengebrochen war. In einer Vernehmung am 29. Mai machte der frühere Bezirksleiter detaillierte Aussagen, nannte dutzende ihm bekannte Beteiligte und entschlüsselte die bei ihm gefundenen chiffrierten Adressen. Dank dieser Informationen konnten die Nazis andere Rote HelferInnen der frühen Illegalität mit konkreten Vorwürfen konfrontieren und weitere Geständnisse erpressen. Da Drobisch zudem seine Kontaktpersonen in den Ortsgruppen preisgab, wurden seine Angaben auch in anderen Städten gegen die Strukturen eingesetzt.

Großrazzien, KZ, Folter – und funktionierende Solidaritätsarbeit

Außerdem fielen mehrere führende RHD-Mitglieder – darunter Litterscheid und Heitmann – noch vor dem Sommer der Polizei in die Hände, und bei einer Großrazzia Mitte August wurde eine große Zahl der verbliebenen Bremer FunktionärInnen in die KZs verschleppt.

Damit waren die Verbindung nach Berlin ebenso wie die von „Jonny“ gepflegten Kontakte nach Hamburg monatelang abgerissen, obwohl der Zentralvorstand immer neue Versuche unternahm. Nachdem im Herbst 1933 ein RHD-Instrukteur nach Bremen gereist war und über KPD-Strukturen die Lage sondiert hatte, fasste der ZV Mitte November die Situation zusammen: „Nordwest, Bremen: Wir haben uns wiederholt – auch über die befr. Org. – bemüht, mit diesem Bezirk in Verbindung zu kommen, was uns bis jetzt noch nicht gelungen ist. Zur Zt. sind wir

außerstande, über diesen Bezirk Näheres zu berichten.“⁷

Ende Februar 1934 konnte die Berliner Spitze vermelden, dass sie in Bremen eine schwache Struktur als Anlaufstelle habe, und im Sommer bestand schließlich eine – wenn auch unterbesetzte – Bezirksleitung. In zwei Stadtteilgruppen waren 51 Mitglieder von der zentralen Kassierung erfasst, wobei daneben noch Basisgruppen unverbundene Direkthilfe organisierten. Zudem war es gelungen, zwei Betriebsgruppen in einer Konfektions- und einer Metallfirma aufzubauen.⁸

Von der RHD-Grenzstelle in Amsterdam aus, die die illegalen Rote-Hilfe-Strukturen im Ruhrgebiet und den angrenzenden Regionen sehr erfolgreich betreute, wurde der Bezirk Nordwest durch persönliche Treffen und die Entsendung von InstrukteurInnen unterstützt. Zwar erwies sich – ähnlich wie im Fall des Berliner Zentralvorstands – die große Distanz als Hemmnis, doch immerhin bestand noch im Sommer 1935 eine regelmäßige Verbindung der Reichsleitung nach Bremen.

Für die Stadt selbst sind nur noch wenige RH-Aktivitäten aktenkundig, so beispielsweise vereinzelte Spitzelberichte und Aussagen in Verhören, es sei mit improvisierten Sammelisten um Spenden geworben worden. Einen weiteren Hinweis gibt ein polizeilicher Vermerk vom 1. April 1935, dass „der frühere Stadtteilkassierer im Stadtteil I Stepan [...] monatlich Beträge von 3-7,50 M“⁹ für die Rote Hilfe kassiert und an den Zuständigen weitergegeben habe. Vor allem in den Ortsgruppen des Umlands war es nach Informationen des ZV gelungen, ein stabiles Unterstützungssystem für die Familien der Gefangenen aufzubauen, und auch in der Hansestadt beschränkten sich die Strukturen offenbar auf die materielle Hilfe, der die Gestapo weniger leicht auf die Spur kam. ❖

7 „Bericht der Orgabteilung für die Zeit vom 1.10. bis 15.11.33 S. 8“, SAPMO RY I 4/4/27 Bl. 30

8 vgl. „Bericht über die Lage der Organisation und die Tätigkeit des Zentralvorstands für das erste Halbjahr 1934“ S. 17, SAPMO RY I 4/4/27 Bl. 87

9 Vermerk vom 1. April 1935, StAB D 0485

5 Vernehmung Ruhlffs vom 14. Juni 1933, StAB 4,65 D 0485

6 Schreiben vom 16. Mai 1933, StAB 4,65 D 0485